

03.08.2009

Die Arbeit von morgen - Politik für das nächste Jahrzehnt

Rede des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier bei der Karl-Schiller-Stiftung in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Hochverehrte Frau Schiller, lieber Detlef Prinz, meine Damen und Herren, vielen Dank dass Sie gekommen sind, zum Teil sogar aus dem Urlaub. Der Andrang hier zeigt, dass wir mit dem Thema den richtigen Nerv getroffen haben.

Es geht nicht um allgemeines Gerede über die Krise. Sondern darum, was in Deutschland geschehen muss, um die Krise nachhaltig zu überwinden und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht um die Fragen, die sich viele Menschen stellen: Wo sollen Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand künftig herkommen? Was tut die Politik, damit so eine Krise nie wieder passiert? Wie stellen wir sicher, dass Unternehmen langfristig investieren und verantwortlich agieren? Die nächsten Jahre werden schwierig - für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Nur mit neuen Ideen und einem klaren Kompass können wir es schaffen, dass die Krise nicht in eine lang anhaltende Schwächephase mit vielen Hunderttausenden zusätzlichen Arbeitslosen einmündet.

Wenn wir nichts tun oder gar das Falsche tun, dann habe ich die Sorge, dass unser Land auseinander driftet, dass es brüchig wird, dass es sich spaltet in Arm und Reich, in Gewinner und Verlierer, in die da oben und die da unten, in bewachte Stadtviertel, in die keiner mehr darf, und in soziale Brennpunkte, in die sich keiner mehr traut. Es darf nicht dazu kommen, dass Menschen durch den Rost fallen, dass Unternehmen kaputt gehen, dass Landstriche veröden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Werte und Errungenschaften unwiederbringlich verloren gehen. Dass die Solidarität und die Toleranz, die Deutschland seit 1945 wie keine andere Nation zu ihren Grundfesten gemacht hat, erodieren und verschwinden.

Wir alle kenne den Spruch von Helmut Schmidt: "Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen." Ich schätze Helmut Schmidt sehr. Aber gerade in der tiefen Krise dürfen wir uns nicht selbstgenügsam auf reines Krisenmanagement beschränken. Wer den Weg aus der Krise finden will, braucht das Ziel, das er anpeilt und den Kompass, der dahin führt. In diesem Sinne sind heute ehrgeizige Fernziele und visionäre Politik gefragt.

Wir stehen am Beginn einer neuen Zeit. Die Krise verändert die Welt mehr, als wir ahnen. Bei der Wahl am 27. September geht es deshalb nicht nur um Steinmeier oder Merkel, nicht nur um rot, grün, schwarz oder gelb. Gerade nicht nur um vier Jahre und eine Legislaturperiode. Sondern es geht darum, wie Deutschland in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren, in den Jahren nach der Krise, in den Jahren der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung, aussehen soll.

Ich möchte Ihnen heute ein Programm vorstellen, den die Medien kurzerhand "Deutschland-Plan" getauft hat. Einen Plan, der ambitionierte, aber gleichzeitig realistische Ziele aufzeigt. Dieser Plan ist meine Vision für die Wirtschaft und die

Arbeit von morgen. Für eine produktive, leistungsorientierte, soziale und solidarische Gesellschaft. Für ein Land, das nicht nur die Krise überwindet, sondern gestärkt aus ihr hervorgeht. Für ein Gemeinwesen, das auch in

Zukunft von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bestimmt ist. Für einen Fortschritt, der gute Arbeit, sozialen Ausgleich und ökologische Erneuerung zugleich umfasst. Für ein Deutschland, in dem die Bürger füreinander eintreten, in dem Wohlstand herrscht und in dem nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt.

Das Programm, das ich heute präsentiere, zeigt, dass wir in den nächsten zehn Jahren vier Millionen neue Arbeitsplätze schaffen können. Es zeigt, dass wir bis 2020 Vollbeschäftigung erreichen können. Es macht deutlich, wie wir trotz der demografischen Entwicklung unseren älteren Mitbürgern ein sicheres Auskommen garantieren. Es stellt klar, wie wir für die jüngere Generation neue Perspektiven eröffnen.

Es umreißt, wie wir neue Absatzmärkte im In- und Ausland erschließen. Es gibt vor, wie wir zu einer werthaltigen Wirtschaft zurückkehren und wie wir die windige Luftblasen-Ökonomie ein für alle Mal hinter uns lassen.

Es hält fest, wie wir das Bildungssystem von Grund auf erneuern und zum Fundament einer prosperierenden Gesellschaft machen. Es zeigt, wie wir soziale Gerechtigkeit und ökonomische Stärke wieder vereinen.

Und das alles hat sogar viel mit Karl Schiller zu tun. Denn Karl Schiller war es, der das große Ganze sah, wenn er über Wirtschaft sprach. Für ihn fand Wirtschaft eben nicht nur in der Wirtschaft statt.

Das Programm, den ich Ihnen heute vorstelle, ist das Kursbuch für den Neustart der sozialen Marktwirtschaft. So etwas denkt man sich nicht am grünen Tisch aus. Ein solcher Plan braucht Wissen aus der Praxis, damit er für die Praxis taugt. Wir haben vier Monate lang recherchiert, Fakten zusammengetragen, Gespräche geführt. Wir haben zugehört bei den Sorgen, den Ängsten, den Wünschen von Unternehmen, Sozialverbänden, Instituten. Wir haben uns umgeschaut, umgehört, umgetan im Inland und im Ausland. Wir haben gefragt: Was treibt sie um, die Unternehmer, die Manager, die Gewerkschafter, die Wissenschaftler? Wo liegen die Probleme? Wo liegen die Chancen? Wo liegen die Hoffnungen? Vor allem aber: Wo sind unsere Stärken? Wie können wir diese Stärken nutzen und entfalten?

Viele von Ihnen, die heute hier sitzen, haben uns, haben mir dabei geholfen. Ihnen gilt mein herzlicher Dank. Ein umfassendes Programm mit vielen Seiten und vielen Einzelvorschlägen ist daraus entstanden. Ich verzichte darauf, Ihnen die ganzen 67 Seiten jetzt vorzulesen. Lassen Sie mich deshalb den Inhalt in acht Punkten zusammenfassen.

Erstens: Industrie und Produktion müssen das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bleiben. Wir wollen sie durch die gezielte Verbindung mit neuen und grünen Technologien modernisieren.

In diesen Tagen hören wir oft: Stahl, Chemie, Maschinen und Autos - das war einmal. Tempi passati. Ballast aus besseren Tagen. Heute zählt nur noch Google.

Liebe Gäste, meine Damen und Herren,

Für mich gibt es diesen Gegensatz nicht. Für mich gilt: Wir brauchen beides, Google und Thyssen, SAP und Daimler.

Aber: Ein Haus baut man nicht vom Dach nach unten, sondern vom Fundament nach oben. Die industrielle Produktion, das Herstellen realer Waren und Grundstoffe, ist und bleibt das Fundament der deutschen Wirtschaft. Ohne sie wackelt unser Wohlstandsgebäude. Ohne sie kracht alles zusammen.

Wo immer ich als Außenminister hinkomme, begegnen mir mannshohe Visitenkarten deutscher Firmen. Manchmal steht man dann am Flughafen irgendwo am anderen Ende der Welt und denkt, man wäre zuhause.

Wir sind, gerade dank des Mittelstands, Globalisierungsgewinner. In anderen Ländern Europas ist die Industrie geschrumpft. Bei uns ist das Exportvolumen seit sieben Jahren um 50 Prozent gestiegen. Zwei Drittel des deutschen Exports kommen aus Maschinen, Anlagen, Fahrzeugen und Chemie. Aus der guten alten Produktion. Sie hat uns groß gemacht, und wer sie klein redet, verspielt unseren Wohlstand.

Aus dieser Stärke erwachsen ungeahnte, neue Möglichkeiten. Die nächste industrielle Revolution wird traditionelle Produktion mit neuen umweltschonenden Technologien verknüpfen. Stichwort Effizienztechnologien. „GreenTech“ hat sich als Bezeichnung dafür durchgesetzt. Technologien, die aus weniger mehr machen: Weniger Einsatz von Energie, weniger Einsatz von Rohstoffen, mehr Output.

In Effizienz-Technologien liegt die Chance auf neuen Schwung für die traditionellen Produktionsindustrien, die viele tot geglaubt haben. Die Welt braucht eine Energie- und Umweltrevolution, damit weltweites Wachstum und mehr Wohlstand für alle mit Umweltschutz und Nachhaltigkeit vereinbar sind. Und dafür brauchen wir eine ganze Palette an neuen Technologien für Verkehr, Gebäude, Haushalte, und die Industrieproduktion.

Zwei Fliegen mit einer Klappe: Klimaschutz UND neue Perspektiven für die alten Industrien. Oder besser: Klimaschutz DURCH die alten Industrien.

"GreenTech" - das sind nicht nur Nischentechnologien, an die jeder auf den ersten Blick denkt: Solarzellen, Windräder etc., sondern das zieht sich durch die großen, alten Industrien. Neue, effiziente Materialien, z.B. für Gebäudedämmung, leichtere Karosserien, die aus den klassischen Grundstoffindustrien wie Chemie und Stahl kommen.

Es geht um Autos mit neuen Antrieben. Um Maschinen, die weniger verbrauchen. Um Software, die Produktionsprozesse klug steuert und sparen hilft. Und es geht auch um saubere Luft, um gesundes Wasser, um Klima- und Umweltschutz, um einen intakten Lebensraum für unsere Kinder.

Mit der richtigen Politik machen wir die Spar-Technologien zu unserem neuen VW-Käfer-Exportschlager, Motor der Binnenwirtschaft, Symbol unserer wirtschaftlichen Kraft und unseres ökonomischen Sachverstands.

Eine von mir geführte Bundesregierung wird deshalb alles daran setzen, dass Deutschlands Stärke von gestern und heute auch unsere Stärke von morgen sein wird. Wir können und wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in der deutschen Industrie und in der deutschen Produktion im nächsten Jahrzehnt durch mehr Effizienz-Erneuerung zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Kein Land hat bessere Voraussetzungen, zum Ausrüster der Welt für neue energiesparende Produkte und Maschinen zu werden.

Meine Damen und Herren,
zwei Millionen neue Arbeitsplätze sind machbar, weil durch die Erneuerung der klassischen Industrien auch produktionsnahe Dienstleistungen profitieren - von der Logistik über den Großhandel bis zur Software.

Zwei Millionen neue Arbeitsplätze sind machbar, denn wir werden das Zukunftsbündnis "Elektromobilität" schmieden: Damit wollen wir es schaffen, dass Deutschland bei der Technik für Elektroautos Weltspitze wird.

Zwei Millionen neue Arbeitsplätze sind machbar, denn wir werden Deutschland als Software-Standort auf Augenhöhe mit den USA bringen. Was ja viele nicht wissen: Unternehmens-Software aus Deutschland, das ist heute schon weltweit Spitze. SAP, Software AG oder IDS Scheer, das sind die Namen, die dafür stehen. Und ahnen Sie eigentlich, warum das so ist? Ohne deutsche Ingenieure, ohne die tiefe Kenntnis komplexer Produktionsprozesse, wäre Unternehmens-Software gar nicht denkbar. Dieser Zweig ist ganz eng mit deutscher Produktion verflochten. Daher ist es nicht vermessen, dass wir auf Augenhöhe mit den USA als Softwarestandort kommen wollen. Dafür brauchen wir mehr und besser ausgebildete Programmierer und Software-Ingenieure. Und wie ich von SAP-Chef Apotheker höre: Vor allen Dingen viel mehr Programmiererinnen und weibliche Software-Ingenieure.

Das geht nicht allein mit den bestehenden Hochschulen. Deshalb werden wir zusätzlich eine Software-Hochschule ins Leben rufen, die den Top-Nachwuchs ausbildet. Ich werde die großen Softwarehäuser dazu an einen Tisch bringen. Hier werden gemeinsame Lösungen von Staat und

Wirtschaft möglich sein.

Zwei Millionen neue Arbeitsplätze sind machbar, denn wir werden unternehmerisches Wagniskapital fördern, „Corporate Venture Capital“. Wir wollen, dass gestandene Konzerne wie BASF und Siemens viel versprechenden Start-Ups als Mentoren zur Seite stehen.

Internationale Experten haben vor der Krise gesagt: Die nächste Welle neuer Technologien kommt nicht aus den Garagen, in denen Microsoft, Google und Apple gegründet wurden. Bei der nächsten Welle sind andere Dinge entscheidend: neue Technologie und breite Produktionserfahrung. Es geht um die Industrialisierung neuer Technologie. Nicht mehr und nicht weniger.

Dafür braucht es die Begleitung durch "gestandene" Unternehmen, mit Kapital und Produktionserfahrung. Das wollen wir anschieben, gemeinsam mit Großunternehmen und Mittelständlern. Deshalb bin ich vollständig überzeugt: Diese neue Gründerwelle, die wird von Deutschland ausgehen. Keiner ist dafür besser gerüstet. Lassen Sie uns keine Zeit verlieren und gleich nach der Bundestagswahl damit anfangen.

Zwei Millionen neue Arbeitsplätze in neuen, nachhaltigen High-Tech-Industriezweigen sind aber auch deshalb machbar, weil der Staat unmittelbar dafür sorgen kann und wird. Die öffentliche Hand gibt jedes Jahr mehr als 200 Milliarden Euro im Einkauf aus. Bund, Länder und Kommunen haben bei vielen Lieferanten gewissermaßen die Platin-Card. Wenn sie im Großen genau so einkaufen wie viele Verbraucher im Kleinen, wenn sie gezielt auf ökologische, innovative Produkte setzen - was glauben Sie, was diese Nachfrage bewirken wird?

Zwei Millionen Arbeitsplätze sind also durch die Verbindung von traditioneller Industrieproduktion und neuer, energie und rohstoffeffizienter Technologie möglich. Dazu kommen weitere zwei Millionen Arbeitsplätze im klassischen Dienstleistungssektor.

Womit wir bei Punkt zwei wären: Moderne Dienstleistungen werden zum Jobmotor.

Wir schaffen mit punktgenauen Rahmenbedingungen die Voraussetzung dafür. Unsere Ziele sind ehrgeizig, aber realistisch: Eine Million neuer Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft, 500.000 weitere in der Kreativwirtschaft und noch einmal 500.000 in Logistik, Handel und Tourismus.

Ein Grund dafür liegt auf der Hand: Je stärker Industrie und Produktion wachsen, desto mehr profitieren auch die Dienstleistungen. Aber das allein reicht nicht. Für jeden Dienstleistungssektor brauchen wir spezifische, punktgenaue Maßnahmen.

Wissen und Ideen sind der Rohstoff unseres Landes. Das zeigt sich besonders in der Kultur- und Kreativwirtschaft. An den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen aus Deutschland, die weltweit Erfolg haben.

Und noch etwas gilt hier besonders:

Kultur und Kreativität sind der beste Weg zu Integration. Zu einer neuen gemeinsamen Identität. Wir haben das begriffen! Wir sagen „Willkommen in der Heimat“. Zu allen, die mit ihren Ideen, mit ihrer Kreativität und mit ihrer unterschiedlichen Herkunft hier an einer gemeinsamen Zukunft bauen wollen!

Auch dafür steht der Kreativpakt, den ich vor einem halben Jahr angeregt habe. Ich habe dafür viel Unterstützung aus der Branche erhalten und ich danke an dieser Stelle ausdrücklich allen Beteiligten. Wir werden weiter gemeinsam an den drei großen Herausforderungen der Kreativwirtschaft arbeiten: wir werden die Digitalisierung meistern, soziale Sicherheit gewährleisten und durchsetzen, und wir werden vernünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen. Indem wir die sozialen Sicherungssysteme an die neuen Gegebenheiten anpassen. Besonders für die sogenannten Solo-Selbständigen.

Aber auch bei der Durchsetzung von sozialen Mindeststandards. Indem wir dafür sorgen, dass das geistige Eigentum geschützt wird und den Kreativen ein Auskommen ermöglicht. Wir werden die Rechtslage weiter anpassen. Wir werden die Verwertungsgesellschaften reformieren und die

Förderwege verbessern.

Die Gesundheitswirtschaft steht, wenn wir über Wachstum und Beschäftigung reden, meist im Schatten. Das müssen wir ändern. 5,7 Millionen arbeiten schon heute in diesem Sektor. In Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, bei Ärzten, Versicherern, in der Pharma und BioTech-Branche und in der Medizintechnik.

Im nächsten Jahrzehnt können hier eine Million neuer Jobs entstehen. So wie in den letzten 15 Jahren schon eine Million neu entstanden sind. Wir werden bis 2020 alleine 300.000 neue Pflegerinnen und Pfleger brauchen. Und für viele Stellen fehlen schon jetzt die Bewerber.

Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass für diese körperlich und seelisch schwere Arbeit auch angemessene Löhne gezahlt werden. Mindestens der Mindestlohn, besser deutlich mehr.

Eine von mir geführte Regierung wird sich deshalb sofort daran machen, auf Basis unserer Berechnungen den "Entwicklungsplan Eine Million" vorzulegen und umzusetzen. Ein Gemeinschaftsprojekt von Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftsministerium.

Er wird es ermöglichen, dass im Gesundheitssektor die Arbeit von morgen entsteht.

Punkt 3: Der Mittelstand erhält umfassende Unterstützung. Für die akuten Probleme und für eine langfristige Perspektive.

Wir werden dafür sorgen, dass das Herz der deutschen Wirtschaft in der Krise weiter schlägt. Wir werden eine Allianz für den deutschen Mittelstand schmieden, und die wird direkt bei mir im Kanzleramt angesiedelt.

Wir werden Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken an einen Tisch holen, um Deutschlands wichtigsten und stärksten Motor über die Krise hinweg zu erhalten.

Wir lassen keine gesunden Branchen den Bach runter gehen. Wir stellen sicher, dass die Betriebe nach der Krise schnell wieder durchstarten können.

Ganz oben auf meiner Liste steht deshalb die Beseitigung der Kreditklemme. Ich werde sehr schnell dafür sorgen, dass es einen staatlichen Kreditmediator gibt, der zwischen Bundesregierung, Unternehmen und Banken vermittelt.

Ich will Lösungen im guten Einvernehmen. Aber wenn die Banken sich sperren, müssen wir andere Wege suchen - auch über eine stärkere Rolle der KfW. Wir werden es nicht hinnehmen, dass wir Milliardenbürgschaften bereitstellen für Großbanken - und Mittelständler müssen dann um jeden Cent betteln.

Das ist keine Drohung. Das ist der einzig vernünftige volkswirtschaftliche Rat, den wir den Banken geben können: Nehmen Sie den Fuß von der Kreditbremse, damit diejenigen, die am Beinahe-Crash keine Schuld trifft, weiterhin Spur halten können.

Punkt 4: Investitionen in moderne Netze sichern die Zukunft und den Wohlstand.

Wir werden sie in beispielloser Weise anschieben. Energienetze, Kommunikationsnetze und Verkehrsnetze haben auf den ersten Blick nicht viel gemeinsam. Unternehmer wissen aber, dass das nicht stimmt.

Netze sind die Lebensadern der Volkswirtschaft. Ohne moderne Netze verliert Deutschland den Anschluss. Beim Breitband sehen wir das bereits. In manchen Regionen haben Handwerker immer noch kein DSL, aber die Ausschreibungen kommen nur noch online. Andere Länder sind da viel weiter.

Australien beispielsweise hat den Breitband-Ausbau zum Schwerpunkt seiner Konjunkturprogramme gemacht. Bei uns droht der flächendeckende Netzausbau am festgefahrenen Konflikt zwischen Regulierer und Netzbetreibern zu scheitern. Das Thema ist dafür aber zu wichtig.

Der Ausbau kostet 50 Milliarden Euro. Das sind 50 Milliarden an Investitionen, die allein für einen

Schub an Wachstum und Arbeitsplätzen sorgen. Diesen Schub wird es nur geben durch Zusammenarbeit der Netzbetreiber. Davon werden wir sie überzeugen. Wir müssen es aber auch rechtlich möglich machen.

Massive Investitionen müssen auch in die Energienetze fließen. Ohne entsprechende Kraftanstrengung geraten wir ins Hintertreffen. Intelligente Netze und intelligenter Stromverbrauch sind Voraussetzungen für den Durchbruch erneuerbarer Energien. Der Strom muss von der Nordsee nach Bayern kommen - oder aus der Wüste nach Deutschland.

In zehn Jahren sollen eine Million Elektro-Autos in Deutschland fahren und abends an die Steckdose kommen. Aber wenn diese Vision wahr werden soll, brauchen wir bald die Steckdosen, und die brauchen den Strom. Deshalb müssen wir jetzt handeln.

Ich werde die großen deutschen Stromversorger an einen Tisch bringen. RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW sollen gemeinsam eine Deutsche Netz AG gründen; wenn es nicht anders funktioniert, auch mit staatlicher Beteiligung. Ohne die Bündelung, so befürchte ich, werden wir den Durchbruch für intelligente Stromnetze in Deutschland nicht schaffen.

Bei den Verkehrsnetzen liegt der Fall anders. Wir haben ein leistungsfähiges und modernes Netz. Im neuen Jahrzehnt geht es nicht mehr vorrangig um mehr Autobahn-Kilometer, sondern um mehr Intelligenz im System. Mehr Verkehr und trotzdem weniger Staus - das ist möglich.

Wir werden ein bundesweites Verkehrstelematik-System für einen flüssigen Straßenverkehr auf den Weg bringen.

Punkt 5: Bildung, Bildung und nochmals Bildung - der Schlüssel für unsere Zukunft.

Gute Bildungspolitik ist Sozialpolitik.

Gute Bildungspolitik ist Integrationspolitik.

Gute Bildungspolitik ist Wirtschaftspolitik.

Wenn wir nichts tun, dann haben wir in den nächsten Jahren hohe Arbeitslosigkeit - und klagen gleichzeitig über Fachkräftemangel.

Bis 2015 werden bis zu einer Million Akademiker und bis zu einer halben Million Facharbeiter fehlen. Das hat erhebliche Folgen für das Wachstum. Es kostet Wirtschaftskraft und Jobs, wenn wir nicht genug Ingenieure, Lehrer und Facharbeiter ausbilden, wenn Investoren woanders hingehen, wenn wir dadurch weniger Geld verdienen als wir könnten.

Das wird eine Bundesregierung unter meiner Führung ändern. Ich habe auch für die Bildung ehrgeizige, aber realistische Ziele:

- 2020 soll jeder Jugendliche mehrere Angebote haben, nachdem er die Schule mit einem Abschluss verlässt. Abbrecher wird es kaum noch geben.
- 2020 soll die Hälfte aller Schüler ein Abitur oder Fachabitur machen.
- 2020 werden Kinder mit Migrationshintergrund an weiterführenden Schulen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sein.

Um all das zu erreichen, darf Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Darum brauchen wir Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Uni. Und mehr Qualität. Um das zu finanzieren, werden wir bei Spitzenverdienern einen Solidarbeitrag für Bildung einführen - und wir werden sicherstellen, dass dieses Geld für zusätzliche Bildungsausgaben verwendet wird.

Wer eine bessere Zukunft für Deutschland will, darf nicht bei der Bildung sparen. Er muss im Gegenteil mehr Geld in Bildung stecken. Deshalb sage ich ganz deutlich: Wer jetzt massive Steuersenkungen verspricht, der handelt auf Kosten unserer Kinder und unserer Zukunft.

Bildung ist Menschenrecht. Für alle Kinder, egal ob sie Konstantin, Kevin oder Kenan heißen. Wir brauchen sie alle, keiner darf uns weniger wert sein. Das müssen wir verstehen, wenn Integration in den nächsten Jahren gelingen soll.

Punkt 6: Wir schaffen eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern - auch in der Wirtschaft.

Zum Neustart der Sozialen Marktwirtschaft gehört für mich auch, dass Frauen endlich gleiche Chancen wie Männer erhalten. Auch und vor allem ganz oben.

Vor ein paar Wochen habe ich eine Rede beim BDI gehalten. Für die 40%-Forderung für Aufsichtsräte habe ich viel Beifall bekommen. Nachdem dies also per Akklamation beschlossen wurde, will ich jetzt Taten sehen.

Punkt 7: Ja zur Wertschöpfung, Nein zur Wert-Abschöpfung. Der langfristige, nachhaltige Unternehmenserfolg wird wieder zum Maß aller Dinge.

Vor kurzem bin ich mit 50 deutschen Mittelständlern in meinem Wahlkreis gewandert. Was für eine Kraft in diesen Unternehmern steckt! Manchmal hatte ich Mühe, hinter den Schnellsten her zu kommen.

Ich sehe Herrn Professor Hennerkes im Publikum. Er vertritt die vielen Familienunternehmen in Deutschland. Wir haben uns beide oft geärgert, dass die Familienunternehmen als altmodisch verspottet wurden! Jetzt stellt sich heraus, wie modern ihr Konzept ist. Ich kenne kein inhabergeführtes Unternehmen, in dem sich der Chef nicht täglich um die Beschäftigten sorgt. Der nicht alle möglichen Wege sucht, um qualifizierte Mitarbeiter zu halten.

Herr Professor Hennerkes, bei dieser Gelegenheit möchte ich ihren Mitgliedern danken.

Danke für ihr verantwortungsvolles Handeln in der Krise. Wir brauchen mehr davon - mehr Wertschöpfer und weniger Wertabschöpfer, wie wir sie leider zu häufig erlebt haben.

Meine Damen und Herren,

ich komme aus dem Ost-Westfälischen. Von der globalen Finanzwelt verstehen die Menschen dort nicht viel. Aber es gibt einen Begriff, der bei ihnen zählt. Und dieser Begriff heißt Anstand. Anstand wollen sie auch in ihrem Betrieb, in ihrer Hausbank, von allen da oben. Sie spüren genau, wenn das nicht mehr gilt. Dann entstehen Misstrauen, Empörung, Wut, manchmal auch Hass. Und wenn Anstand auf Dauer nicht mehr gilt, zerreißt das die Gesellschaft.

Und darum sage ich, dass auch in der Wirtschaft gelten muss: Wer Verantwortung trägt und dabei versagt, muss zur Verantwortung gezogen werden. Wir werden auf Bundes- und Landesebene dafür sorgen, dass Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gestärkt oder geschaffen werden für komplexe Wirtschaftskriminalität.

Vertrauen in die Wirtschaft zurückgewinnen, das kann die Politik nicht alleine.

Anstand in der Unternehmensführung muss bereits früh verankert werden. Deshalb wollen wir, dass angehende Manager schon bei der Ausbildung lernen, welche soziale und ökologische Verantwortung sie tragen. Sich dieser Verantwortung wirklich bewusst zu sein, das muss genau so wichtig werden wie gut rechnen zu können.

Überhaupt: Das verlorene Vertrauen der Menschen in die Marktwirtschaft zurückzugewinnen, das überlassen Sie bitte nicht der Politik allein. Wir brauchen Menschen aus der Wirtschaft, die als moralische Instanz akzeptiert sind und die Initiative selbst in die Hand nehmen.

Die Krise führt für manche zu unerwarteten Erkenntnissen. So viel Sozialpartnerschaft wie jetzt war noch nie. Überall dort, wo Belegschaften und Unternehmensführung eng kooperieren, da kommt man besser durch die Krise.

Die Mitbestimmung hilft, dass Unternehmen langfristiger denken. Niemand merkt früher, wenn jemand an die Substanz des Unternehmens ran will, als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mitbestimmung, das ist moderne Unternehmensführung. Davon können andere lernen. In der EU werden wir aktiv für das erfolgreiche deutsche Modell der Mitbestimmung werben.

Ich will einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft - mit Anstand und langfristigem Denken.

Kürzlich hat Jack Welch, der frühere Chef von General Electrics, gesagt: "Genau betrachtet ist Shareholder-Value die blödeste Idee der Welt."

Vermutlich hat er Recht. Großer Schaden wäre vermieden worden, wenn er früher drauf gekommen wäre.

Punkt 8: Die Krise darf sich nicht wiederholen. Da, wo sie begonnen hat, brauchen wir neue Regeln - die Finanzmärkte bekommen ein tragfähiges Gerüst.

Es fängt schon wieder an - als ob nichts passiert wäre. Milliardengewinne bei Banken. Millionenschwere Boni in den Investmenthäusern. Hedge-Fonds, die ihre alten Geschäftsmodelle wieder aufleben lassen. Und so manche Regierung sieht bereits keinen Handlungsbedarf mehr.

Wir müssen dafür sorgen, dass sich das Fenster für umfassende Reformen nicht schon wieder schließt.

Wir müssen das System jetzt mit einem neuen, tragfähigen Gerüst absichern. Wer das Ende der Krise besingt, ohne die Ursachen der Krise konsequent beseitigt zu haben, der ist unglaubwürdig.

Wir müssen die Finanzmärkte zu ihrer ureigenen, dienenden Funktion zurückbringen: nämlich die Finanzierung produktiver Unternehmen sicherzustellen!

Eine Bundesregierung unter meiner Führung wird für ein neues, tragfähiges Finanzsystem arbeiten; in Europa und mit den G20-Staaten.

Liebe Gäste, verehrte Damen und Herren,
ich habe Ihnen heute mein Programm für Deutschland im nächsten Jahrzehnt vorgestellt. Und manche rufen gleich: Alles nur Wahlkampf! Und das, obwohl sie das Papier noch gar nicht gelesen haben.

Was haben die für ein Verständnis von Wahlkampf und Demokratie? Wahlkämpfe gehören zur Demokratie. Aber sie sollten vor allem ein Wettstreit über Ideen und Konzepte sein.

Und manche haben gleich gesagt: Es sei unseriös, Vollbeschäftigung zu versprechen.

Denen sage ich: Ich verspreche auch nicht Vollbeschäftigung.

Ich sage aber: Vollbeschäftigung ist möglich. Ich verspreche, dass ich dafür sehr hart arbeiten werde. Und auf Ihre Unterstützung baue. Denn Vollbeschäftigung kann nur das Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung sein.

Ich will kein Weiter-So. Ich will den Aufbruch zum Besseren.

Seien wir nicht kleinmütig! Setzen wir uns ehrgeizige Ziele!

Trauen wir uns gemeinsam etwas zu, nur so kann Großes gelingen.